

N i e d e r s c h r i f t

über die 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 17.11.2004 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Ausschussmitglieder an der Sitzung teil:

Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Eschweiler, Markus,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Frey, Heinz,	Ratsmitglied
Friedrich, Egbert,	Ratsmitglied
Garding, Harald,	Ratsmitglied
Gruben, Martina,	Ratsmitglied - Abwesend -
Gunia, Wolfgang,	Ratsmitglied
Gussen, Erich,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Hoven, Matthias,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Lambertin, Servatius,	Ratsmitglied
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied
Müller, Heinz,	Ratsmitglied
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied
Trzolek, Detlef,	Ratsmitglied
Marquardt, Martin,	Vertretendes Ratsmitglied für Frau Martina Gruben

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Prömpers, Andreas	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Amtsleiterin Rechtsamt
Caspar, Ulrike	stellvertretende Amtsleiterin Bauverwaltungsamt
Ervens, Heinz-Günter	Amtsleiter Bauverwaltungsamt
Kravanja, Christian	Schriftführer
Kuhn, Günter	Amtsleiter Ordnungsamt zu TOP 7 öffentlicher Teil

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht. Herr Anhalt schlägt vor, in Zusammenhang mit der Änderung der Hauptsatzung der Stadt Jülich TOP 6 (öffentlicher Teil) auch den zukünftigen Zeitpunkt des Beginns von Sitzungen zu beraten. Herr Gunia weist darauf hin, dass im gleichen Kontext auch der Antrag der CDU-/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines eigenen Beschwerdeausschuss zu behandeln sei, man zum jetzigen Zeitpunkt aber auf eine Beratung verzichten wolle und eine Beratung des den Antrags stattdessen in der nächsten Haupt- und Finanzausschuss am

01.12.2004 sehen wolle. Bürgermeister Stommel schlägt vor, die gesamte Änderung der Hauptsatzung ohne Beratung in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss passieren zu lassen. Dem wird seitens der Ausschussmitglieder zugestimmt.

Ferner bittet Herr Gunia die Verwaltung um eine Erläuterung des Verfahrens der Stadt Jülich zum Versenden von Sitzungs- und sonstigen Unterlagen an die Stadtverordneten. Er führt aus, dass in den vergangenen Wochen vermehrt Einladungen zu auswärtigen Veranstaltungen erst nach deren Termin oder erst sehr kurzfristig zuvor von der Stadt Jülich zugestellt worden sind. Dies sei unter anderem bei der Grundsteinlegung des Roten Kreuzes so geschehen. Bürgermeister Stommel sichert zu, das Verfahren auf mögliche Fehler zu durchleuchten und hierüber zur nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung Bericht zu erstatten.

Herr Frey erkundigt sich, warum der vom Stadtsportverband bei der Stadt Jülich eingereichte Forderungskatalog nicht im heutigen Haupt- und Finanzausschuss als Bürgerantrag behandelt wird. Herr Dezernent Krause erläutert, dass die Verwaltung es bisher so aufgefasst hat, dass der Antrag zunächst im zuständigen Ausschuss beraten werden soll und erst danach dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden soll. Hiermit erklärt sich Herr Frey einverstanden.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung evtl. Erweiterungen und Absetzungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
- 1. Bestellung des Schriftführers für die Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses
- 2. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
- 3. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes und der Stellvertreter für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 5. Anfragen
- 6. 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Jülich
(s. auch Antrag Nr. 29/2004 der CDU- und FDP-Stadtratsfraktion vom 07.10.2004)
- 7. Einrichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Kölnstraße/Poststraße
(Anregung Nr. 7/2004 des Herrn Rudolf Weniger, Stiftsherrenstraße 9, Jülich, vom 24.08.2004)
- 8. Sammlung von Schadstoffen
Aufgabenübertragung auf den ZEW
- 9. Vertreter/in der Behinderten im Kultur- und Sozialausschuss (KuS)
- 10. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
- 10.1. außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Installation einer Notrufanlage in den Räumen des Sozialamtes im Alten Rathaus
- 10.2. außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Beseitigung von Rohrbrüchen in Grundleitungen der GGS-Nord
- 11. Bauleitplanung
- 11.1. Änderung des Flächennutzungsplanes Jülich-Güsten „Am Buschweiher“
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung

- 11.2. Änderung des Flächennutzungsplanes Jülich-West „An der Ölmühle“
 - a) Beschluss über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 - b) Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- 11.3. Bebauungsplan Koslar Nr. 19 „Kreisbahnhof II“
 - a) Beschluss über die Anregungen über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 11.4. Bebauungsplan Nr. 2 „An der Ölmühle“
 - a) Beschluss über Anregungen und Bedenken aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 BauGB
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 11.5. Bebauungsplan Güsten Nr. 8 „Am Buschweiher“
 - a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 11.6. Bebauungsplan Kirchberg Nr. 11 „Im Rheinfeld“
 - a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 11.7. Bebauungsplan Nr. 12 „Am Wallgraben“
 - a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

- 1. Bestellung des Schriftführers für die Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses
(Vorlagen-Nr.: 429/2004)
Beschluss:
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Als Schriftführer für die Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses wird im Benehmen mit dem Bürgermeister Stadtamtmann Frank Muckel und als stellvertretender Schriftführer Stadtinspektor Christian Kravanja bestellt.

- 2. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
(Vorlagen-Nr.: 431/2004)
Beschluss:
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Gemäß § 57 Abs. 3 i.V.m. § 50 Abs. 2 GO NW wird zum
1. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Herr Stadtverordneter Peter Capellmann

sowie zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Herr Stadtverordneter Wolfgang Gunia

gewählt.

3. Bestimmung eines Ausschußmitgliedes und der Stellvertreter für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses
(Vorlagen-Nr.: 430/2004)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses wird Stadtverordneter Peter Capellmann und als dessen Stellvertreter Stadtverordneter Wolfgang Gunia bestimmt.

Für den Fall, dass die/der erste stellvertretende Ausschussvorsitzende den Sitzungsvorsitz führt, wird Stadtverordneter Wolfgang Anhalt und als dessen Stellvertreter Stadtverordneter Harald Garding für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften bestimmt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Der Bürgermeister erläutert, dass keine Mitteilungen vorliegen. Bezüglich des Berichts über die Durchführung der Beschlüsse verweist er auf die den Sitzungsunterlagen beige-fügte Aufstellung der noch nicht durchgeführten Beschlüsse.

Herr Frey erkundigt sich, wann die in der Aufstellung der nicht durchgeführten Beschlüsse unter der Vorlagen-Nummer 12/2003 angesprochene Sumpfung des Tagebaus Hambach endet. Herr Stommel sichert zu, dies zu recherchieren und hierüber in einer späteren Sitzung zu berichten.

5. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

6. 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Jülich
(s. auch Antrag Nr. 29/2004 der CDU- und FDP-Stadtratsfraktion vom 07.10.2004)
(Vorlagen-Nr.: 422/2004)

Der Haupt- und Finanzausschuss lässt wie zu Sitzungsbeginn vereinbart die Vorlage ohne Beratungen passieren. Sehrwohl wird von Herrn Anhalt jedoch auf eine Diskussion bezüglich der Zeiten des Sitzungsbeginns begonnen. Herr Anhalt schlägt aus Gründen einer Erhöhten Bürgerfreundlichkeit und aus Kostenersparnisgründen für zukünftige Sitzungen 18.00 Uhr als Beginn (17.00 Uhr für den Haupt- und Finanzausschuss) vor. Durch diesen späteren Sitzungsbeginn kann, so Herr Anhalt, auch die arbeitnehmende Bevölkerung an öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen als Zuhörer teilnehmen, da der Beginn dann nicht mehr in deren Arbeitszeit fällt. Ferner reduzieren sich die Verdienstausfallentschädigungen der Rats- und Ausschussmitglieder, da auch Ihre Arbeitszeit weniger tangiert

wird. Herr Gunia und Herr Laufs schließen sich dem voll inhaltlich an, Herr Laufs fordert aber gleichzeitig eine andere Gestaltung der Sitzungen. Es müsse zu einem mehr sachbezogenen Arbeiten kommen, während langwierige Vorträge wie sie bisher besonders im KuSSS üblich waren reduziert werden müssten. Auch Herr Frey begrüßt den Vorschlag ausdrücklich.

Bürgermeister Stommel schlägt vor, die Angelegenheit zusammen mit den Satzungsänderungen im nächsten Haupt- und Finanzausschuss aufzugreifen und zu beraten, so dass ab der übernächsten Sitzung des Ausschusses die geänderten Anfangszeiten möglich sind. Dieser Vorschlag wird vom Ausschuss angenommen.

7. Einrichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Kölnstraße/Poststraße
(Anregung Nr. 7/2004 des Herrn Rudolf Weniger, Stiftsherrenstraße 9, Jülich, vom
24.08.2004)
(Vorlagen-Nr.: 424/2004)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen, bei 0 Stimmenthaltungen

Die Anregung Nr. 7/2004 des Herrn Rudolf Weniger, Stiftsherrenstraße 9, Jülich, zur Einrichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Kölnstraße/Poststraße wird zur weiteren Beratung an den Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss verwiesen.

Der Antrag wird somit nicht an den Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss verwiesen, sondern direkt abgewiesen und nicht weiter verfolgt.

8. Sammlung von Schadstoffen
Aufgabenübertragung auf den ZEW
(Vorlagen-Nr.: 400/2004)

Herr Anhalt und Herr Neuenhoff kritisieren, dass in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Selbstkostenfestpreis als Grundlage genommen wurde. Es hätte jedoch zunächst der Selbstkostenerstattungspreis verwendet werden müssen. Der Bürgermeister schlägt daher vor, der Sache nachzugehen und die Vorlage in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss passieren zu lassen. Dem stimmt der Ausschuss zu.

9. Vertreter/in der Behinderten im Kultur- und Sozialausschuss (KuS)
(Vorlagen-Nr.: 435/2004)

Herr Anhalt gibt zu bedenken, dass im Zusammenhang mit der Änderung der Hauptsatzung (siehe TOP 6 öffentlicher Teil) von der Verwaltung ein neuer Zuschnitt der aus dem früheren KUSSS hervorgegangenen Ausschüsse angestrebt wird. Sollte es im Zusammenhang mit den diesbezüglichen Beratungen im nächsten Haupt- und Finanzausschuss zu einem neuen Zuschnitt kommen, müsse man, wenn man heute Herrn Mauermann als sachkundigen Einwohner für den Kultur- und Sozialausschuss als Mitglied mit beratender Stimme bestellt, dann eine Neubestellung vornehmen. Daher schlägt er vor, die Abstimmung bis zur entgeltigen Klärung des Zuschnitts der Ausschüsse zurückzustellen. Diesem Vorschlag wird seitens des Ausschusses gefolgt.

10. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
10.1. außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Installation einer Notrufanlage in den Räumen des Sozialamtes im Alten Rathaus
(Vorlagen-Nr.: 433/2004)

Die Ausschussmitglieder bringen mehrheitlich die Meinung zum Ausdruck, dass das vorgeschlagene System nicht geeignet ist, die Sicherheit der Mitarbeiter des Sozialamtes zu erhöhen oder gar zu gewährleisten. Der Ausschuss regt daher an, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut zu prüfen, insbesondere auf alternative Möglichkeiten und Systeme. Ferner wird die Verwaltung darum gebeten, eine Aussage darüber zu treffen, ob durch das vorgeschlagene System oder ein eventuelles alternatives System überhaupt ein Zugewinn an Sicherheit erreicht werden kann. Herr Bürgermeister Stommel sichert zu, dass die offenen Fragen in der nächsten Sitzung aufgegriffen werden.

- 10.2. außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Beseitigung von Rohrbrüchen in Grundleitungen der GGS-Nord
(Vorlagen-Nr.: 434/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei der Haushaltsstelle 1.2101.50071 – Beseitigung Rohrbrüche Außentoilettenanlage GGS-Nord - ist ein Betrag in Höhe von 10.107,71 € außerplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt aus der HHSt. 1.4601.50060 – Erneuerung der Brandmeldeanlage KU-BA-

11. Bauleitplanung

- 11.1. Änderung des Flächennutzungsplanes Jülich-Güsten „Am Buschweiher“
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
(Vorlagen-Nr.: 390/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Buschweiher“ als planungsrechtliche Voraussetzung für den Bebauungsplan Güsten Nr. 8 „Am Buschweiher“.

- 11.2. Änderung des Flächennutzungsplanes Jülich-West „An der Ölmühle“
a) Beschluss über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
b) Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
(Vorlagen-Nr.: 348/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 4 Enthaltungen(n)

- a) Die Anregungen der Bürgerinitiative zur Erhaltung des Naturkleinodes „An der Ölmühle“ werden zurückgewiesen.

Unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird die Änderung des Flächennutzungsplanes in der vorliegenden Form beschlossen.

Dem Schreiben vom 04.02.2004 der Bürgerinitiative ist eine Unterschriftenliste und eine Begründung in Kurzform beigelegt. Die angekündigte ausführliche Begründung wurde nicht nachgereicht.

Es ist zwar richtig, dass der Bereich der Flächennutzungsplanänderung am Rande eines Landschaftsschutzgebietes liegt, jedoch wurde für den dazugehörigen Bebauungsplan Nr. 2 „An der Ölmühle“ ein umfangreicher landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt, der mit den Landschaftsbehörden abgestimmt ist. Sowohl die Bezirksregierung in Köln als auch die Untere Landschaftsbehörde beim Kreis Düren haben der Änderung und dem Bebauungsplan zugestimmt. Der Bereich des Mühlenteichs wird durch einen großzügigen Grünstreifen von den vorgesehenen Baugrundstücken getrennt. Die für den Bebauungsplan erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen werden in unmittelbarer Nähe direkt im Bereich des Mühlenteiches ausgeführt, so dass eine ökologische Aufwertung stattfindet. Die Fläche zwischen der Aachener Landstraße und dem Mühlenteich sowie ein breiter Streifen südlich des Gewässers wird als Grünfläche mit Pflanzgebot gesichert. Damit ist auch die Auflage der Unteren Wasserbehörde Düren erfüllt, für die Entwicklung und Verbesserung des ökologischen Zustands des Mühlenteichs sowie des Umfelds einen beidseitigen Uferstreifen auszuweisen. Der größte Teil des Plangebietes ist eine ausgeräumte Ackerparzelle.

Die Auswirkungen auf Natur und Landschaft (Pflanzen und Tierwelt, Landschaftsbild, Erholungsfunktion, Lokalklima, Wasserhaushalt) wurden im landschaftspflegerischen Begleitplan untersucht und sind in das Ergebnis der Ausgleichsmaßnahmen eingeflossen.

Die Abwasserführung für das Baugebiet wurde in Abstimmung mit den zuständigen Wasserbehörden geplant. Das Regenwasser wird durch eine Leitung in ausreichender Tiefe geführt (so dass eine spätere Überbauung möglich ist, die ein Privatgrundstück kreuzt). Anschließend wird der Regenwasserkanal bis in den Brückenkopfweiher geführt, indem der vorhandene Kanal in der Schlesischen Straße und der Königsberger Straße ausgetauscht und vergrößert wird. Die Anwohner werden dabei nicht mit Kosten belastet.

Die Anregungen des Kreises Düren bezüglich der Abgrabung werden zurückgewiesen. Nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes besteht keine Überschneidung von Abgrabungsgebiet und Bebauungsplan mehr. Die Abbaugrenzen des Planfeststellungsbeschlusses vom 02.09.1987 besitzen keine Gültigkeit mehr, da insofern innerhalb dieses Beschlusses eine zeitliche Befristung dieses Gewässerausbaus sowie aller damit zusammenhängenden Begleitmaßnahmen bis zum 31.12.1999 festgesetzt worden ist. Diese Frist ist zwischenzeitlich abgelaufen, wodurch auch grundsätzlich eine Auskiesung des sich hier mit dem Bebauungsplangebiet überschneidenden Grundstücks mit der Flurbezeichnung Gemarkung Jülich, Flur 5, Nr. 60/1, nicht mehr möglich ist. Dieser Auffassung schließt sich erkennbar auch die Firma Siep & Co. an, die im Rahmen eines erneuten Antrages zur weiteren Auskiesung des an den Bebauungsplan angrenzenden Bereiches, das hier in Rede stehenden Flurstück Nr. 60/1 eindeutig aus ihren weiteren Abgrabungsplänen ausgespart hat. Aufgrund dieser Umstände ist derzeit nicht erkennbar, warum der Kreis Düren Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 „An der Ölmühle“ äußert.

Die Anregungen des Stattdlichen Umweltamtes Aachen bezüglich Immissionsschutz werden zurückgewiesen. Der mögliche Lärmkonflikt zwischen Auskiesung und Wohnbebauung wird im Rahmen der Auskiesungsgenehmigung geregelt. Die Lärm-

situation wurde durch einen Sachverständigen untersucht und es wurden geeignete Maßnahmen (Aufschüttung von Erdwällen) aufgezeigt. Bezüglich der bergbaulichen Einwirkungen wird ein Hinweis im Bebauungsplan aufgenommen.

Die Anregungen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen werden berücksichtigt. Eine dauerhafte Pflege und Unterhaltung wird sichergestellt, Ausbauart und Lage des Wirtschaftsweges werden mit der Landwirtschaftskammer abgestimmt.

- b) Der Rat der Stadt Jülich beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes Jülich-West als planungsrechtliche Voraussetzung für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 „An der Ölmühle“.

11.3. Bebauungsplan Koslar Nr. 19 „Kreisbahnhof II“

a) Beschluss über die Anregungen über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Bau-gesetzbuch (BauGB)

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 387/2004)

Stadtverordneter Frey äußert Bedenken, dass der Bebauungsplan die Wiederaufnahme Bahnverkehrs auf der Kreisbahnstrecke gefährden könnte. Er bittet daher um eine ausführliche Erläuterung darüber, mit welchen Einschränkungen der Bahnverkehr aufgrund des Bebauungsplans zu rechnen hat und warum diese Einschränkungen die Reaktivierung nicht negativ beeinflussen. Bürgermeister Stommel sichert eine Antwort in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss zu. Die Entscheidung über den Bebauungsplan wird bis daher bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses vertagt.

11.4. Bebauungsplan Nr. 2 „An der Ölmühle“

a) Beschluss über Anregungen und Bedenken aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 BauGB

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 392/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 5 Enthaltunge(n)

- a) Die Anregungen der Bürgerinitiative zur Erhaltung des Naturkleinodes „An der Ölmühle“ werden zurückgewiesen.

Unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan Nr. 2 „An der Ölmühle“ in der vorliegenden Form beschlossen. Der richtige Verfahrensschritt zum Vorbringen von Anregungen dieser Art wäre die vorgezogene Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 gewesen. Die öffentliche Auslegung sollte Anregungen vorbehalten bleiben, die sich mit dem Planinhalt befassen.

Dem Schreiben vom 04.02.2004 der Bürgerinitiative ist eine Unterschriftenliste und eine Begründung in Kurzform beigelegt. Die angekündigte ausführliche Begründung wurde nicht nachgereicht.

Es ist zwar richtig, dass der Bereich des Bebauungsplanes am Rande eines Landschaftsschutzgebietes liegt, jedoch wurde ein umfangreicher landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt, der mit den Landschaftsbehörden abgestimmt ist. Sowohl die

Bezirksregierung in Köln als auch die Untere Landschaftsbehörde beim Kreis Düren haben dem Bebauungsplan zugestimmt. Der Bereich des Mühlenteiches wird durch einen großzügigen Grünstreifen von den vorgesehenen Baugrundstücken getrennt. Die für den Bebauungsplan erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen werden in unmittelbarer Nähe direkt im Bereich des Mühlenteiches ausgeführt, so dass eine ökologische Aufwertung stattfindet. Die Fläche zwischen der Aachener Landstraße und dem Mühlenteich sowie ein breiter Streifen südlich des Gewässers wird als Grünfläche mit Pflanzgebot gesichert. Damit ist auch die Auflage der Unteren Wasserbehörde Düren erfüllt, für die Entwicklung und Verbesserung des ökologischen Zustandes des Mühlenteiches sowie des Umfeldes einen beidseitigen Uferstreifen auszuweisen. Den größten Teil des Plangebietes bildet eine ausgeräumte Ackerparzelle.

Die Auswirkungen auf Natur und Landschaft (Pflanzen und Tierwelt, Landschaftsbild, Erholungsfunktion, Lokalklima, Wasserhaushalt) wurden im landschaftspflegerischen Begleitplan untersucht und sind in das Ergebnis der Ausgleichsmaßnahmen eingeflossen.

Die Abwasserführung für das Baugebiet wurde in Abstimmung mit den zuständigen Wasserbehörden geplant. Das Regenwasser wird durch eine Leitung in ausreichender Tiefe (so dass eine spätere Überbauung möglich ist) geführt, die ein Privatgrundstück kreuzt. Anschließend wird der Regenwasserkanal bis in den Brückenkopfweiher geführt, indem der vorhandene Kanal in der Schlesischen Straße und der Königsberger Straße ausgetauscht und vergrößert wird. Die Anwohner werden dabei nicht mit Kosten belastet.

Die Anregungen des Kreises Düren werden wie folgt berücksichtigt:

Ein hydraulischer Nachweis für die Gestaltung der Brücke wird der Unteren Wasserbehörde vorgelegt. Es wird geprüft, ob die geplante Brücke oberhalb der Ölmühle überflüssig werden könnte. Die erforderlichen Uferrandstreifen werden freigehalten. Ein Hinweis bezüglich des Grundwasserstandes wird in den Plan aufgenommen. Die Lage der geplanten Ausgleichsflächen werden dargestellt.

Bezüglich der Abgrabung bestehen nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes keine Überschneidungen von Abgrabungsgebiet und Bebauungsplan mehr. Die Abbau-grenzen des Planfeststellungsbeschlusses vom 02.09.1987 besitzen keine Gültigkeit mehr, da insofern innerhalb dieses Beschlusses eine zeitliche Befristung dieses Gewässerausbaus sowie aller damit zusammenhängenden Begleitmaßnahmen bis zum 31.12.1999 festgesetzt worden ist. Diese Frist ist zwischenzeitlich abgelaufen, wodurch auch grundsätzlich eine Auskiesung des sich hier mit dem Bebauungsplangebiet überschneidenden Grundstücks mit der Flurbezeichnung Gemarkung Jülich, Flur 5 Nr. 60/1, nicht mehr möglich ist. Dieser Auffassung schließt sich erkennbar auch die Firma Siep & Co. an, die im Rahmen eines erneuten Antrages zur weiteren Auskiesung des an den Bebauungsplan angrenzenden Bereiches, das hier das in Rede stehende Flurstück Nr. 60/1 eindeutig aus ihren weiteren Abgrabungsplänen ausgespart hat. Aufgrund dieser Umstände ist derzeit nicht erkennbar, warum der Kreis Düren Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 „An der Ölmühle“ äußert.

Die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes Aachen bezüglich Immissionsschutz werden zurückgewiesen. Der mögliche Lärmkonflikt zwischen Auskiesung und Wohnbebauung wird im Rahmen der Auskiesungsgenehmigung geregelt. Die Lärmsituation wurde durch einen Sachverständigen untersucht und es wurden geeignete

Maßnahmen (Aufschüttung von Erdwällen) aufgezeigt. Bezüglich der bergbaulichen Einwirkungen wird ein Hinweis im Bebauungsplan aufgenommen.

Die Anregungen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen werden berücksichtigt. Eine dauerhafte Pflege und Unterhaltung wird sichergestellt. Ausbauart und Lage des Wirtschaftsweges werden mit der Landwirtschaftskammer abgestimmt.

- b) Der Bauungsplan Nr. 2 „An der Ölmühle“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

11.5. Bebauungsplan Güsten Nr. 8 „Am Buschweiher“

a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 391/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a) Aufgrund eines Hinweises des Kreises Düren werden die textlichen Festsetzungen wie folgt ergänzt: „Die Dachflächenwässer sind gemäß geotechnischem Bericht Dierler vom 06.04.2004 zu versickern. Die Entwässerung der Hoffläche ist mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.“ Diese Änderung erfolgt gemäß § 3 Abs. 3 BauGB.
- b) Der Bebauungsplan Güsten Nr. 8 „Am Buschweiher“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

11.6. Bebauungsplan Kirchberg Nr. 11 „Im Rheinfeld“

a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 403/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a) Die Anregung des Servatius Lambertin auf Erhalt der Zufahrt und der Stellplätze für den Sportplatz kann durch einen privatrechtlichen Vertrag geregelt werden.

Kreis Düren

Amt für Wasser, Abfall und Umwelt

In Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde ist ein wasserrechtlicher Erlaubnisantrag gestellt worden, der die Machbarkeit des Entwässerungssystems nachweist.

Der Hinweis bezüglich der Grundwasserverhältnisse wird in der planerischen Darstellung entsprechend ergänzt.

Die Wahl der externen Ausgleichsflächen in der Ruraue bei Broich erfolgte in Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde. Gängige Praxis zwischen der Unte-

ren Landschaftsbehörde des Kreises Düren und der Stadt Jülich ist es, die plangebietsexterne Kompensationsfläche/-maßnahme – auch bei Flächen im Überschwemmungsgebiet – konkret darzulegen und ohne wasserrechtliche Genehmigung nach § 113 Landeswassergesetz mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag verbindlich abzusichern.

Altlasten

Sollten während der Bauausführung Altlastenverdachtsmomente auftreten, wird unverzüglich das Amt für Wasser, Abfall und Umwelt des Kreises Düren darüber informiert, um gemeinschaftlich Lösungsmöglichkeiten und weitere Vorgehensweisen zu finden.

Amt für Landschaftspflege und Naturschutz

Die plangebietsexterne Kompensationsfläche/-maßnahme wird mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag mit dem Kreis Düren als Untere Landschaftsbehörde verbindlich abgesichert.

Staatliches Umweltamt Aachen

Gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB wird im Plangebiet festgesetzt, dass alle Betriebe der Abstandsklassen I – V entsprechend der Abstandsliste vom 02.04.2004 ausgeschlossen sind mit Ausnahme von Speditionsbetrieben (laufende Nr. 153). Gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB darf gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 die im Plan gekennzeichnete Fläche ausschließlich in den Tagessstunden zwischen 6 Uhr und 22 Uhr genutzt werden.

- b) Der Bebauungsplan Kirchberg Nr. 11 „Im Rheinfeld“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

Der Ausschuss ergänzt den Beschluss um die Empfehlung des Planungs- Umwelt- und Bauausschusses, die Fläche vor der Betriebeinfahrt und dem Eingang zum alten Sportplatz nicht zu verkaufen.

11.7. Bebauungsplan Nr. 12 „Am Wallgraben“

a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 413/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a) Die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes Aachen bezüglich flurnahen Grundwasserstandes wird als Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen. Bezüglich der bergbaulichen Einwirkungen liegt eine Stellungnahme von RWE Power vor und ist im Planverfahren bereits berücksichtigt. Da das Gelände bereits vor dem 01.01.1996 bebaut gewesen ist, entfällt die Verpflichtung gemäß § 51 a Landeswassergesetz (LWG) bezüglich der Beseitigung von Niederschlagswasser.

- b) Der Bebauungsplan Nr. 12 „Am Wallgraben“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

B. Nichtöffentlicher Teil